

Linksrutsch?

← Jetzt erst recht,

statt Ruck nach

Rechts!

Landesdelegiertenkonferenz 2021 II

Mehrzweckhalle Taucha

30. Oktober 2021

#linksrutschjetzt



A01-L

Antrag

Initiator*innen: Juso-Landesvorstand

Titel: **Leitantrag: Mit Rückenwind als Team in die kommenden Jahre starten!**

Antragstext

1 Rasha Nasr, Carlos Kasper, Nadja Sthamer und Fabian Funke – mit diesen vier
2 Menschen sind die Jusos Sachsen seit dem 26. September im Bundestag vertreten.
3 Das sind vier Abgeordnete mehr, als noch vor der Wahl aus unseren Reihen kamen.
4 Gemeinsam mit Rasha, Carlos, Nadja und Fabian freuen wir uns über diesen
5 riesigen Erfolg und feiern die Gestaltungsmöglichkeiten, die wir Jusos in den
6 kommenden vier Jahren damit hinzugewonnen haben. Wir werden sie in ihrem Kampf
7 für eine progressive, linke Politik unterstützen und setzen uns dafür ein, dass
8 wir zur kommenden Bundestagswahl in eine starke Ausgangsposition kommen, damit
9 unsere Präsenz als Jusos im Bundestag verstetigt werden kann.

10 In Sachsen ist die SPD zur stärksten demokratischen Kraft geworden. Erstmals hat
11 die SPD zu einer Bundestagswahl stärker abgeschnitten als die CDU, und mit 8
12 Abgeordneten hat sich die Größe der sächsischen Landesgruppe innerhalb der SPD-
13 Bundestagsfraktion verdoppelt. Das Ergebnis der Bundestagswahl ist damit
14 Rückenwind für die neue Führung der SPD Sachsen. Nach 12 Jahren mit Martin Dulig
15 an der Spitze der Partei ist nun auch innerhalb der Landespartei Zeit für einen
16 Wandel. Diesen Wandel werden wir als Jusos Sachsen maßgeblich mitgestalten – mit
17 unseren Inhalten und unseren Köpfen.

18 Denn: Auch wenn wir zunächst – zu Recht! – den erfolgreichen Ausgang der
19 Bundestagswahl feiern, richten wir schon jetzt unsere Augen auf die kommenden
20 Wahlen, vor allem die Landtagswahl 2024. Wir werden die Rolle des Juso-
21 Landesverbands im Bundestagswahlkampf evaluieren und die gewonnen Erkenntnisse
22 dafür nutzen, bei den nächsten Wahlen erfolgreich für progressive Mehrheiten in
23 Sachsen zu kämpfen. Bei der Landtagswahl in Sachsen, aber auch bei den Wahlen in

24 Sachsen-Anhalt und Brandenburg hat sich gezeigt, dass viele Menschen taktisch
25 die Partei wählen, der sie es am ehesten zutrauen, die AfD als stärkste Kraft zu
26 verhindern. Das sächsische Ergebnis der Bundestagswahl hat gezeigt, dass das in
27 Sachsen nicht überall die CDU sein muss: Mit den richtigen Inhalten und den
28 richtigen Personen haben wir das Potenzial, zu Vertreter:innen der Menschen zu
29 werden, die für demokratische Mehrheiten und Gegen Rechts eintreten und damit
30 auch der CDU in ihrer Führungsrolle nachhaltig Konkurrenz zu machen. Klar ist,
31 dass eine immer neue Koalition der SPD mit einer innerparteilich gespaltenen und
32 nach rechts blinkenden CDU in Sachsen keine Zukunft haben kann – auch in Sachsen
33 gehört die CDU in die Opposition!

34 Nachdem zur Bundestagswahl 2021 die Hälfte der Kandidierenden im Juso-Alter
35 waren, hoffen wir auch zur Landtagswahl 2024 sowie bei den Kommunalwahlen auf
36 einen ähnlich hohen Anteil junger Kandidierenden. Junge Menschen gehören auf die
37 Stimmzettel und in die Parlamente: Wir werden einfordern, dass sich das auch auf
38 den Landeslisten der Zukunft widerspiegelt und Jusos auf vorderen,
39 erfolgversprechenden Listenplätzen vorzufinden sind. Unsere Stärke, wenn es
40 darum geht, Inhalte zu erarbeiten, werden wir Jusos in den nächsten Monaten
41 unter Beweis stellen: Wir werden gezielt die Felder identifizieren, auf denen
42 wir dazu beitragen können, das Profil der SPD Sachsen zu schärfen. Vor allem in
43 diesen Feldern werden wir uns in die Positionierung unserer Partei zur kommenden
44 Landtagswahl einmischen, und an ihnen werden wir unsere Schwerpunkte im
45 kommenden Landtagswahlkampf ausrichten.

46 Im Zukunftsprogramm bekennt sich die SPD zum 1,5-Grad-Ziel. Nun liegt es an uns
47 allen, gute Maßnahmen auszuarbeiten und für ihre Umsetzung gesellschaftliche
48 Mehrheiten hinter uns zu versammeln. Dabei muss allen klar sein: Nichts zu tun
49 wäre nicht nur unbezahlbar, sondern auch unverantwortlich gegenüber folgenden
50 Generationen. Oft wird Klimaschutz als abschreckende Kosten- und
51 Verzichtsdebatte geführt, während sich eine intakte Natur nicht in Euro
52 beziffern lässt und der Konsum und die damit verbundene sogenannte Freiheit
53 einiger Gieriger uns erst in diese prekäre Lage gebracht hat. Wir vertreten
54 innerhalb der SPD diejenigen Mitglieder, die die Folgen der heutigen Politik
55 noch am längsten spüren werden. Entschieden bekennen wir uns daher zum
56 Übereinkommen von Paris. Nötige Gegenmaßnahmen um der weiteren Erhitzung
57 entgegenzutreten, dürfen dabei nicht zu Lasten der sozialen Gerechtigkeit gehen.
58 Wir müssen zeigen, dass die Felder „Klima“ und „Soziales“ nur zusammen gedacht
59 werden können und wir die Partei sind, die die sozialökologische Transformation
60 systemisch vorantreibt.

61 Daneben gibt es eine Vielzahl weiterer Themen, bei denen wir als Jusos eine
62 Vorreiter:innen-Rolle innerhalb der SPD Sachsen einnehmen können. Dazu gehören
63 die Digital- und Netzpolitik, die Bildung sowie das Engagement gegen Rechts

64 (einschließlich der Stärkung der Demokratie) und die Förderung von Diversität
65 und das Empowerment diskriminierter Gruppen. Nicht nur, aber insbesondere in
66 diesen Bereichen, werden wir Jusos uns in den kommenden Monaten mit inhaltlichen
67 Vorschlägen einbringen, erwarten jedoch auch von der neuen Landesspitze der SPD
68 Sachsen konkrete Ideen.

69 Um das inhaltliche Profil der Sozialdemokratie zu schärfen, erwarten wir, dass
70 die SPD Sachsen sich in den nächsten Monaten an einer zivilgesellschaftlichen
71 Kampagne beteiligt, die an den Erfolg der Kampagne zur Gemeinschaftsschule
72 anknüpft, zum Beispiel zur Herabsetzung des Wahlalters bei sächsischen Landtags-
73 und Kommunalwahlen mindestens auf 14. Auch unsere Bündnis- und Netzwerkarbeit
74 werden wir vertiefen und im Sinne der Doppelstrategie der Jusos den Druck der
75 demokratischen Zivilgesellschaft, gerade bei der Bekämpfung der Klimakrise und
76 der sozialen Ungleichheit in die Partei und in die Parlamente bringen.

77 Der Erfolg der SPD bei der Bundestagswahl beruht auch darauf, dass die Partei
78 als Team stark war. Ein Team zu sein bedeutet: Das Spitzenpersonal einerseits,
79 aber auch einzelne Akteur:innen nehmen für sich kein Recht auf „Beinfreiheit“ in
80 Anspruch, sondern kämpft solidarisch für die gemeinsam vereinbarten Inhalte.
81 Inhaltliche Forderungen ebenso wie Kritik aus den eigenen Reihen werden nicht
82 abgewürgt, sondern auf Augenhöhe diskutiert, fair und solidarisch. Jedes
83 Mitglied der SPD ist nur eines von 400.000, auch wenn es ein Spitzenamt
84 bekleidet.

85 Die Demut vor dieser Erkenntnis erwarten wir sowohl von der Spitze der
86 Bundespartei als auch von der neuen Spitze der SPD Sachsen. Wir sind mit 5.000
87 Mitgliedern ein kleiner Landesverband, der es sich nicht leisten kann, Talente
88 zu verschenken, Kompetenzen zu übersehen und Stimmen zu überhören. Die
89 Ausrichtung einer Partei auf eine einzige Person wird der Vielfalt ihrer
90 Mitgliedschaft nicht gerecht. Als Jusos sehen wir es als unsere Pflicht an die
91 Parteispitze an diesem Anspruch zu messen und auf dem Weg der Umsetzung
92 kritisch-solidarisch zu begleiten sowie, wenn nötig, Kurskorrektiv zu sein.

93 Wir erwarten deshalb von der neuen Landesspitze der SPD Sachsen, dass sie nicht
94 der Versuchung erliegt, alle Entscheidungen in ihren Händen zu bündeln, sondern
95 diese Vielfalt unserer Partei zu nutzen weiß. Das beginnt damit, den gesamten
96 Landesvorstand als Arbeits- und Entscheidungsgremium zu begreifen und so die
97 Meinungen, aber auch die Kompetenzen seiner Mitglieder einzubinden. Dazu gehört
98 es für uns, dass sich auch die Vielfalt dieser Partei zukünftig stärker in den
99 Führungsgremien widerspiegelt. Es gilt daher, auch bislang unterrepräsentierten
100 Gruppen in Zukunft noch stärker zu fördern. Doch diese Aufgabe endet nicht in
101 den Gremien der Partei, sondern geht auch deutlich über sie hinaus. Wir wollen
102 allen Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich mit ihren Ideen und Forderungen in

103 die Positionierung der Partei einzubringen. Dazu gehören parteiöffentliche
104 Landesvorstandssitzungen.

105 Ein inklusiver Landesvorstand muss die Schwelle zur Mitwirkung möglichst gering
106 halten. Regelmäßige Präsenzsitzungen ausschließlich in Dresden sind für viele
107 Ehrenamtliche mit ihren beruflichen und familiären Verpflichtungen schwer
108 vereinbar. Deswegen braucht es Überlegungen des Landesvorstandes für die
109 Zukunft. Mögliche Lösungen könnten beispielsweise rotierende Sitzungsorte oder
110 die verstärkte Nutzung digitaler sowie teil-digitaler Formate sein.

111 Nicht nur in den ehrenamtlichen Parteistrukturen ist es wichtig, auf diesem Wege
112 die Arbeitslast auf möglichst viele Schultern zu verteilen. Das gilt auch für
113 die hauptamtlichen Strukturen der SPD, gerade in der SPD-Landtagsfraktion. Mit
114 nur zehn Abgeordneten stellen wir die kleinste Fraktion im Sächsischen Landtag.
115 Die Aufgaben, die sie zu bewältigen haben, fallen deshalb jedoch nicht geringer
116 aus als für andere Fraktionen. Wir können es uns nicht leisten, dass unsere
117 Abgeordneten neben ihrem Mandat anderen beruflichen Aufgaben nachgehen. In
118 dieser Situation ist insbesondere ein Minister:innenamt mit einem
119 Abgeordnetenmandat nicht vereinbar. Eine strikte Trennung erhöht die Schlagkraft
120 unserer Fraktion und stärkt unsere Strukturen in der Fläche.

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden

Titel: Atomkraft? Ja? Nein! Vielleicht!?

Antragstext

1 Nach der verheerenden Katastrophe in Fukushima hat sich Deutschland 2011
2 richtigerweise dazu entschieden, seine Atomkraftwerke abzuschalten. Seitdem
3 kommen vor allem aus konservativen bis rechtsradikalen Kreisen Forderungen nach
4 einem Wiedereinstieg in die Atomkraft. Auch kommen vereinzelt derartige
5 Forderungen von links, da der niedrige CO₂-Ausstoß attraktiv erscheint. Dieser
6 Antrag soll diese Forderung analysieren und einen jungsozialistischen
7 Gegenentwurf erstellen.

8 Doch warum wird die Nutzung der Atomkraft überhaupt wieder diskutiert? Der
9 Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung stellt unser Stromnetz auf den Kopf.
10 Auch wenn erneuerbare Energien den Energiebedarf theoretisch decken können,
11 benötigt eine sichere Versorgung ein Speichersystem. Wie die Speicherung von
12 Energie erfolgen soll, ist nicht endgültig geklärt. Außerdem stellt die
13 Wärmeversorgung ein großes Fragezeichen des Umstiegs dar. Dazu kommt der
14 voraussichtlich steigende Energiebedarf, den Technologisierung und
15 Digitalisierung mit sich führen. Kernkraft als planbare und in Zukunft eventuell
16 kostengünstige Energiequelle könnte hier helfen, wären die Bedenken aus Ethik
17 und Umweltschutz nicht. Um zu erklären, warum nach wie vor die Nachteile von
18 Kernkraftwerken stark überwiegen, sollen einige theoretische Grundlagen folgen.

19 Um die Nutzung von Kernenergie zu betrachten, muss zunächst klargestellt werden,
20 dass Forderungen nach dem Wiedereinstieg in Atomkraft grob drei Reaktortypen
21 umfassen kann: konventionelle Spaltungsreaktoren, Generation-IV-Reaktoren und
22 Fusionsreaktoren.

- Konventionelle Reaktoren basieren auf der Spaltung von schweren

24 Atomkernen. Bei dieser Spaltung entstehen, neben freigesetzter Energie,
25 Neutronen, welche weitere Atomkerne spalten. Die daraus resultierende
26 Kettenreaktion setzt viel Energie frei, ohne Energie hineinzustecken. Aber
27 sie birgt Gefahr: Wird die Kettenreaktion nicht reguliert, kommt es im
28 schlimmsten Fall zu Unglücken wie in Tschernobyl oder Fukushima. Ein
29 weiteres bekanntes Problem ist der sogenannte Atommüll, welcher für
30 tausende Jahre gefährliche Strahlung absondert und daher stark geschützt
31 für lange Zeit gelagert werden muss.

- 32 • Sogenannte Generation-IV-Reaktoren, am bekanntesten sind hierbei Thorium-
33 Flüssigsalzreaktoren, sollen diese beiden Probleme minimieren, deswegen
34 werden sie von Atomkraft-Fans als Pro-Kernenergie-Argument genutzt. Diese
35 Reaktoren regulieren sich selbst: steigende Reaktivität bewirkt eine
36 Erwärmung und diese wiederum eine Absenkung der Reaktivität. Unfälle
37 können so relativ sicher ausgeschlossen werden, solange der Reaktor intakt
38 ist. Außerdem entstehen andere Produkte, welche weniger radioaktiv sind.
39 Befürworter:innen der Atomkraft übertreiben hierbei jedoch etwas, denn die
40 aktivierten Stoffe bleiben weiterhin gesundheitlich sehr bedenklich.
41 Außerdem wurde in bisherigen Forschungsreaktoren festgestellt, dass die
42 Wartung durch Effekte wie Korrosion verhältnismäßig aufwendig ist, was
43 wiederum ein Sicherheitsrisiko darstellt. Expert:innen dämpfen die
44 Hoffnung, dass dieser Reaktortyp die Lobpreisungen der Befürworter:innen
45 erfüllen können. (vgl. [1]) Es ist geplant, ab 2030 Reaktoren dieser
46 Generation marktreif entwickelt zu haben. Wie weit deren Entwicklung dann
47 sein wird, insbesondere was die Halbwertszeiten der Spaltprodukte angeht,
48 ist völlig ungewiss. Demnach kann nicht abgeschätzt werden, ob diese
49 Reaktoren mittelfristig eine Lösung für CO₂-neutrale Stromerzeugung sein
50 können.

- 51 • Fusionsreaktoren sind eher getrennt von den vorherigen Typen zu
52 betrachten. Sie beruhen auf der Fusion von Wasserstoffatomen zu
53 Heliumatomen. Der Brennstoff ist in nahezu unerschöpflichen Mengen
54 verfügbar und der Energiegewinn höher als bei allen anderen bekannten
55 Formen der Energiegewinnung. Durch die hohen Anforderungen an eine
56 erfolgreiche Kettenreaktion sind sie außerdem sicher, es kann physikalisch
57 nicht zu Unfällen kommen. Die radioaktiven Abfälle sind außerdem
58 wesentlich unbedenklicher als die aus konventionellen Reaktoren und
59 könnten sogar medizinisch verwendet werden. Daher gelten Fusionsreaktoren
60 unter Expert:innen tatsächlich als sichere, grüne Energiequelle.[2] Der
61 Haken: nach 75 Jahren Forschung ist eine Marktreife noch nicht in
62 greifbarer Nähe. Ob es noch 20, 50 oder 100 Jahre braucht, bis diese
63 Technik von den Menschen beherrscht wird, ist schwer abschätzbar. Im

64 Worst-Case stellt sich heraus, dass sie nie wirklich wirtschaftlich
65 nutzbar sein wird. Diese Forderung ist also eine pure Zukunftsfantasie.

66 **Doch welche Forderungen schließen wir aus diesem Einblick in die**
67 **Kernenergie-technik?**

- 68 1. **Konventionelle Atomkraftwerke bleiben eine nicht vollständig**
69 **kontrollierbare Gefahr. Die Abschaltung der Atomkraftwerke ist und bleibt**
70 **richtig.**

- 71 2. **Wir lehnen momentan den Neubau neuartiger Reaktortypen, wie Thorium-**
72 **Flüssigsalzreaktoren, zur Energiegewinnung ab.**

- 73 3. **Langfristig befürworten wir den Einsatz sicherer Reaktortypen wie**
74 **Fusionsreaktoren, sollten sie zum Zeitpunkt der Marktreife den dann**
75 **existierenden Energiemix aus erneuerbaren Energien sinnvoll erweitern.**

- 76 4. **Kurzfristig hilft uns die Atomkraft nicht bei der Überwindung der**
77 **Klimakrise. Sie darf keine Ausrede für mangelnde Investitionen in**
78 **erneuerbare Energien sein.**

79 Quellen:

80 [1] [https://www.theguardian.com/environment/2012/sep/13/thorium-alternative-](https://www.theguardian.com/environment/2012/sep/13/thorium-alternative-nuclear-fuel-overstated)
81 [nuclear-fuel-overstated](https://www.theguardian.com/environment/2012/sep/13/thorium-alternative-nuclear-fuel-overstated)

82 [2] <https://www.ipp.mpg.de/2638139/faq8>, <https://www.ipp.mpg.de/2543936/faq3> und
83 <https://www.ipp.mpg.de/2641049/faq9>

A03-U2NEU

Antrag

Initiator*innen: Jusos Chemnitz

Titel: **Langfristige Förderung von Photovoltaik
sicherstellen**

Antragstext

1 Die Zeiten, in denen die Sonne nur zum Sonnen gut war, sind vorbei. Wir brauchen
2 diese Energie für klimaneutralen Strom! Deswegen fordern wir eine breite und
3 langfristige Förderung von Solarenergie:

- 4 1. Photovoltaik-Pflicht auf den Dächern aller Liegenschaften des Freistaates
5 Sachsens, bei denen es nicht durch Statik und Denkmalschutz ausgeschlossen
6 ist.
- 7 2. Förderung des Ausbaus von Photovoltaikanlagen auf privaten und
8 gewerblichen Dächern.
- 9 3. Förderung des Ausbaus von Photovoltaikanlagen auf Mehrfamilienhäusern.
- 10 4. Förderung von Photovoltaik-Batteriespeichern.

A04-U3NEU

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden

Titel: **Auch private E-Lastenräder sachsenweit bezuschussen**

Antragstext

1 Nach Münchener Vorbild sollen auch in Sachsen E-Lastenräder der EG-
2 Fahrzeugklassen L1e bis L5e mit einer Höchstgeschwindigkeit von 25 km/h für den
3 Waren-, Material und Personentransport auch für Privatpersonen gefördert werden.
4 Die bereits bestehende Unterstützung von motorlosen Modellen soll bei mind. 40%
5 des Kaufpreises angesetzt werden. Die Förderung von E-Lastenrädern soll
6 schnellstmöglich nicht mehr nur für gewerbliche Zwecke vorbehalten sein, sondern
7 für jede:n möglich und mit 30% des Kaufpreises bezuschusst werden.

8 Bei Verkauf des eigenen Autos, der Werbung von Freund:innen und
9 gemeinschaftlicher Nutzung sollen weitere Förderungen beispielsweise für
10 Winterausrüstung und weiteres Zubehör subventioniert werden. Die gemeinsame
11 Nutzung von E-Lastenrädern ist explizit erwünscht, weshalb Förderungsmodelle für
12 gemeinschaftliche Kaufverträge angewandt werden können.

13 Im Zusammenhang mit der Förderung der Fahrzeuge, ist die Förderung und
14 Entwicklung der Lade-, Straßen-, Abstell- und Park-, Reparatur- und Verleih-
15 sowie Kaufberatungs- und Werbe-Infrastruktur notwendig, um den Mobilitätswandel
16 schnellstmöglich voranzutreiben. Das Land bzw. die Kommunen sollen ein
17 entsprechendes Angebot, möglichst nicht in privater Hand, schaffen.

18
19 Um die Nutzung von Lastenräder/E-Lastenräder auch in nicht-urbanen Räumen zu
20 ermöglichen und ihren Einsatz auch in stadtangrenzenden und ländlichen Regionen
21 attraktiver zu gestalten, setzen wir uns dafür ein, dass die beschriebene
22 benötigte Infrastruktur in Form von baulich getrennten und besonders auch für E-
23 Lastenräder sicher befahrbaren Radwegen vor allem auch dort ausgebaut wird.

A05-D1NEU

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden

Titel: Doppelstrategie statt Doppelbelastung

Antragstext

- 1 Mitglieder des Europäischen Parlaments, des Bundestags oder der
- 2 Landesparlamente sollen nicht als Vorsitzende für Juso-Strukturen auf Landes-,
- 3 Bezirks oder Bundesebene kandidieren.

A06-D2NEU

Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden

Titel: Neue JuPas braucht das Land!

Antragstext

1 Auf Bundesebene und in Sachsen gilt für jede Wahl das Wahlalter 18. Dieses macht
2 es U18-Jährigen unmöglich, sich unmittelbar politisch zu beteiligen. Zu dem
3 kommt, dass unsere Politik überproportional durch ältere Menschen bestimmt wird.

4 Um Jugendliche zumindest auf kommunaler Ebene eine Bühne für ihre Interessen zu
5 geben, führen immer mehr Städte und Gemeinden Jugendparlamente ein, welche von
6 Jugendlichen gewählt werden. Doch in Sachsen ist es sehr schwierig,
7 Jugendparlamente auch aktiv an den Stadt-/Gemeinderat anzubinden, da laut
8 Sächsischer Gemeindeordnung "sachkundige" Einwohner*innen, welche nicht in den
9 Gemeinderat gewählt worden, nur durch Beiräte die Möglichkeit bekommen, Anträge
10 im Gemeinderat zu stellen. Und diese Beiräte müssen mindestens zu einem Teil aus
11 Gemeinderät*innen bestehen. So ist die einzige Möglichkeit für das
12 Jugendparlament die Nutzung eines Jugendbeirats, beispielsweise wie beim
13 Jugendparlament Leipzig, was zum Einen strukturell umständlich und kompliziert
14 ist und zum Anderen das Jugendparlament in seiner Selbständigkeit antastet, da
15 sich im Jugendbeirat Gemeinderät*innen befinden müssen.

16 Wir fordern deshalb die Änderung der Sächsischen Gemeindeordnung. Die sächsische
17 SPD-Landtagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass § 47a SächsGemO so geändert
18 wird, sodass Gemeinderäte die Möglichkeit besitzen, mittels einer Satzung ein
19 Kinder- und Jugendgremium (z.B. ein Jugendparlament, ein Jugendplenum oder ein
20 Jugendforum) einzuberufen. Dieses organisiert sich im Rahmen der Satzung selbst
21 und besitzt Rede- und Antragsrecht im Gemeinderat. Hierdurch ist das Einsetzen
22 eines Jugendbeirats durch den Gemeinderat nicht mehr notwendig und die
23 unabhängig des jeweiligen Kinder- und Jugendgremiums wird gewahrt, in den
24 Stadtbezirksbeiräten und den Ortschaftsräten. Zudem soll die Möglichkeit

25 eingebaut werden, dass Jugendliche einer Gemeinde eine Initiative zur Gründung
26 eines solchen Kinder- und Jugendgremiums starten können. Diese Initiativen
27 sollen die Möglichkeit besitzen, durch eine Unterschriftensammlung oder andere
28 geeignete Arten der Willensartikulation von Jugendlichen ein Kinder- und
29 Jugendgremium zu gründen. Die Ausgestaltung der unterschiedlichen Kinder- und
30 Jugendgremien soll möglichst weniger Regeln obliegen.

31
32 Weiterhin benötigen Kinder- und Jugendgremien neben dem Zugang zu Räumlichkeiten
33 der Gemeinde und einem eigenverwalteten Budget eine gewisse pädagogische
34 Betreuung und eine feste Schnittstelle zur Gemeindeverwaltung.
35 Daher sollen Städte und Gemeinden innerhalb ihrer Verwaltung eine
36 sozialpädagogische Stelle für Kinder- und Jugendgremien (z.B. Jugendreferent:in
37 oder Beteiligungsreferent:in) schaffen. Diese Pflichtaufgabe, die sich aus §47a
38 der SächsGemO ableiten lässt, muss jedoch aus Finanzmitteln des Freistaates
39 gegenfinanziert werden.

40 Weiterhin soll diskutiert werden, ob selbige Forderungen auf § 43a SächsLKrO
41 (Sächsische Landkreisordnung) bezüglich Landkreisen und ihren Kreistagen
42 angewendet werden soll.

A07-D3NEU

Antrag

Initiator*innen: Jusos Nordsachsen

Titel: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden!

Antragstext

1 Der 8. Mai soll ein gesetzlicher Feiertag in Deutschland werden, um an die
2 Befreiung der Welt vom nationalsozialistischen Terror zu erinnern. Damit folgen
3 wir unserer Maxime, die Verbrechen der NS-Zeit als zentralen Bestandteil unserer
4 Erinnerungskultur anzusehen.

5 Der 8. Mai 1945 markiert einen historischen Tag, nicht nur in der deutschen,
6 sondern auch in der Weltgeschichte. Er markiert das Ende einer Diktatur, sowie
7 das Ende des 2. Weltkriegs in Europa.

8 Heute wird oft von der Stunde null oder dem Tag der Befreiung gesprochen. Dieser
9 Mythos ist Teil der deutschen Schuldabwehr. Nicht Deutschland wurde von den
10 Nazis befreit, sondern die Welt wurde von den Deutschen befreit. In der neu
11 gegründeten BRD allerdings dominierte in konservativen Reihen die Ansicht,
12 Deutschland habe an diesem Tag verloren und nicht die Nazis. Niederlagen feiere
13 man nicht.

14 Diese Sichtweise ist glücklicherweise verdrängt worden. Unsere moderne, liberale
15 Gesellschaft ist auf dem Fundament des Friedens gebaut, eines Friedens, der
16 durch dem 8. Mai 1945 ermöglicht wurde.

17 Oftmals wird angeführt, dass viele Menschen am 8. Mai ihre Existenz verloren und
18 völlig verarmt wären, aber auch das stimmt so nicht, denn verarmt wurden diese
19 Menschen durch den Krieg, der beinahe sechs Jahre lang auf ihre Kosten
20 finanziert wurde. Der 8. Mai steht für das Ende des Terrors gegen
21 Regimegegner:innen, Minderheiten, den besetzten Ländern und den unzähligen
22 Gefangen aus Konzentrationslagern und Gefängnissen. Deutschland und Europa

23 wurden von einer Diktatur befreit.

24 Diesem Gedenken darf man sich nicht entziehen. Leider vergessen immer mehr
25 Menschen oder hören auf, sich zu interessieren, erklären diese Thematik für alt
26 und überwunden. Dadurch geben sie faschistischem Gedankengut Raum und die
27 Möglichkeit, dieses Gedankengut zu normalisieren. Blinder Hass und systematische
28 Diskriminierung wird immer mehr zum Alltag. Selbst Reichsflaggen können offen
29 vor dem Bundestag wehen.

30 Um dem entgegenzuwirken braucht es viele Maßnahmen: Ein einzelner Feier- und
31 Gedenktag wird das nicht allein ändern. Aber unsere Feiertage sollten immer auch
32 einen Bezug zu unserer Gegenwart haben und uns an etwas erinnern. Der 8. Mai ist
33 und sehr viel präsenter in unseren Köpfen als viele andere - zum Teil religiöse
34 - Feiertage, die wir feiern und so sollte das auch bleiben. Lasst uns, wie viele
35 andere Länder, den 8. Mai zum Feiertag erklären. Er verdient ihn.

Antrag

Initiator*innen: JSAG Sachsen

Titel: Bitte nicht siebzehn Tests in einer Woche!

Antragstext

1 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass in
2 Zukunft die Anzahl theoretischer Leistungsnachweise auf fünf Leistungsnachweise
3 in einer Woche reduziert wird. Mit theoretischem Leistungsnachweis sind alle
4 Leistungsnachweise gemeint, welche nicht praktischer Natur sind, das heißt keine
5 sportlichen Leistungsnachweise, Vorträge (unter anderem musikalische
6 Darbietungen) oder unterrichtsstunden-übergreifende (Gruppen-)Projekte sowie
7 außerschulisch erarbeitete Leistungsnachweise. . An einem Tag dürfen nicht mehr
8 als zwei Leistungsnachweise stattfinden. Für Klausuren und Klassenarbeiten soll
9 zusätzlich in jeder Schulform die Anzahl auf drei in einer Woche reduziert
10 werden, wobei zwei Klausuren/Klassenarbeiten nicht am gleichen Tag und an zwei
11 aufeinanderfolgenden Tagen geschrieben werden sollen. An vorausgeplanten
12 Nachschreibeterminen kann zusätzlich maximal eine Leistungsnachweis nachgeholt
13 werden.

14 Zusätzlich müssen alle theoretischen und praktischen Leistungsnachweise eine
15 angemessene Zeit zuvor, mindestens aber während der Unterrichtsstunde zuvor und
16 Klassenarbeiten/Klausuren mindestens zwei Wochen zuvor angekündigt werden.

Antrag

Initiator*innen: JSAG Sachsen

Titel: Staatliche Subventionierung von
Lehrlingsgehältern

Antragstext

1 Das Lehrlingsgehalt sämtlicher Auszubildende in Sozialberufen, Handwerksberufen,
2 Einzelhandel und von Laborant*innen soll bei überbetrieblichen Maßnahmen gesamt
3 subventioniert werden, bei betrieblichen Berufen zur Hälfte, basierend auf dem
4 Auszubildendengrundgehalt.

5 Die Kosten für die überbetriebliche Ausbildung (ÜA) nach § 5 des
6 Berufsbildungsgesetzes und § 26 der Handwerksordnung, insbesondere die bisher
7 dem Auszubildenden übertragenen Kosten für Fahrt und Übernachtung sollen künftig
8 von staatlicher Seite bezuschusst werden, sodass alle Auszubildenden an
9 überbetrieblichen Maßnahmen teilnehmen können unabhängig von ihrer eigenen
10 finanziellen Lage oder der finanziellen Lage ihres jeweiligen
11 Ausbildungsbetriebs, in Fällen in denen der Ausbildungsbetrieb die Kosten bisher
12 nicht übernommen hat bzw. aufgrund der wirtschaftlichen Lage die Kosten sehr
13 einfach tragen könnte.

14
15 Im Zuge dessen wird die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) abgeschafft und alle
16 bisherigen anspruchsberechtigten Personenkreise werden in ein novelliertes
17 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) inkludiert. In diesem Kontext ist
18 es zudem unerlässlich das BAföG umzustrukturieren und es eltern- und
19 altersunabhängig zu gewähren. Das BAföG soll so eine grundständige Unterstützung
20 für alle sich in Ausbildung befindlichen Personen in allen Lebenslagen sein.

21 Des Weiteren sollen Auszubildende im Falle von Kurzarbeit weiterhin ihr volles
22 Lehrlingsgehalt erhalten. Zwar gibt es bereits einen Sonderstatus für
23 Auszubildende im Falle von Kurzarbeit, der zur Folge hat, dass die

24 Auszubildenden erst nach 6 Wochen Kurzarbeit eine Lohnkürzung bekommen, jedoch
25 lehnen wir die Kürzung des Gehaltes im Allgemein ab.

Initiativantrag

Initiator*innen: Jusos Erzgebirge

Titel: **Fluchtroute Belarus – Für Menschenrettung statt Mauerphantasien**

Antragstext

1 Der belarussische Präsident Lukaschenko versucht seit Monaten durch die
2 Instrumentalisierung von Geflüchteten, die Lage an den EU-Grenzen eskalieren zu
3 lassen. Belarus erweiterte dazu den Kreis an Staaten, aus denen visumfrei
4 eingereist werden kann und stellt Berichten zu Folge Transporte sowohl nach
5 Belarus selbst als auch an die EU-Grenzen. Das BMI schätzt die Zahl der aktuell
6 in Belarus befindlichen Geflüchteten auf ca. 15.000 Menschen mit steigender
7 Tendenz.

8 Seit Wochen gibt es Berichte und Videoaufzeichnungen gewaltsamer
9 Zurückdrängungen von Geflüchteten an der polnisch-belarussischen Grenze.
10 Solche s.g. Push-Backs sind illegal im Sinne der Europäischen
11 Menschenrechtskonvention und der EU-Grundrechtscharta. Demnach muss es
12 Asylbewerber*innen ermöglicht werden, einen Asylantrag zu stellen. Das
13 polnische Parlament hat diese jedoch mittlerweile „legalisiert“. Humanitäre
14 Hilfsorganisationen werden nicht zu den Menschen gelassen, um zumindest die
15 Grundversorgung zu gewährleisten und Pressevertreter*innen werden an der
16 Anreise und Durchführung ihrer Arbeit gehindert. Durch den Ausruf des
17 Ausnahmezustands kann die polnische Regierung nun das Militär zur Bewachung der
18 Grenze einsetzen und es wurde ein kilometerlanger Stacheldrahtzaun installiert,
19 der zu einer Grenzmauer ausgebaut werden soll – etwas, dass Ministerpräsident
20 Michael Kretschmer unlängst in der Presse für gut und dringend notwendig
21 befunden hat.

22 Als sächsische Jusos können wir dies nicht unkommentiert stehen lassen sondern
23 kritisieren unseren Koalitionspartner für diese offene Befürwortung

24 menschenverachtender Politik.

25 Die klaren Differenzen zur Politik Lukaschenkos oder der polnischen Regierung
26 dürfen insgesamt nicht vom obersten Ziel, Menschenleben zu retten, ablenken.
27 Für uns Jusos steht unsere Verantwortung zur Aufnahme der flüchtenden Menschen
28 sowie der Ermöglichung der Stellung eines Asylantrags unabhängig ihrer
29 Ankunftsstände fest. Wir verurteilen die Instrumentalisierung Geflüchteter
30 aufs Schärfste.

31 Deshalb fordern wir:

- 32 • den sofortigen Zugang von humanitären Hilfsorganisationen,
33 Pressevertreter*innen sowie medizinischem Fachpersonal zu den
34 Geflüchteten. Insgesamt steht die Sicherstellung einer Notversorgung und
35 schnellstmögliche Evakuierung der Menschen an erster Stelle.

- 36 • Sanktionen beispielsweise gegen Fluggesellschaften, die Lukaschenko in
37 seinem Vorhaben unterstützen und fordern gleichzeitig nachdrücklich die
38 Einrichtung legaler Fluchtrouten in die EU sowie die Schaffung
39 humanitärer Visa.

- 40 • die Anerkennung von Push-Backs als systematischer Angriff auf das
41 Asylrecht und eine Ablehnung jedweder Beteiligung deutscher Beamt*innen an
42 ihrer Durchführung. Die EU muss Maßnahmen ergreifen Push-Backs zu
43 unterbinden, statt zu dulden bzw. sich durch Frontex-Beamt*innen aktiv an
44 ihnen zu beteiligen.

- 45 • die Einrichtung eines unabhängigen Monitoring Mechanismus mithilfe von
46 Menschenrechtsorganisationen vor Ort, der es Geflüchteten ermöglicht,
47 illegale Push Backs zu melden und der garantiert, dass diejenigen, die
48 diese ausführen, ob Mitgliedsstaaten der EU und/oder Frontex Beamt*innen
49 sich für diese Menschenrechtsverletzungen vor Gericht verantworten
50 müssen.

51 Die verfügbaren Erstaufnahmekapazitäten in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg
52 und Sachsen sind bereits jetzt an einem kritischen Punkt und schrumpfen
53 kontinuierlich weiter. Die ab November geplante zentrale Ersterfassung und dann
54 schnelle Weiterleitung in andere Bundesländer sehen wir als einen positiven

55 ersten Schritt zu mehr innerdeutscher Solidarität. Wir bleiben dabei unseren
56 Grundsätzen treu und treten für eine schnellstmögliche dezentrale
57 Unterbringung ein, genauso wie die Schaffung von langfristigen
58 Bleibeperspektiven für die Geflüchteten, die Ermöglichung eines
59 vollständigen Spurwechsels vom Asyl- ins Einwanderungsrecht sowie die
60 Vereinfachung des Zugangs zur deutschen Staatsbürger*innenschaft.

61 Weiterhin steht für uns deshalb fest:

- 62 • Wir lehnen Rückführungen insgesamt, aber aktuell insbesondere nach Polen
63 und Belarus ab. Geflüchtete sind dort nachweislich potentieller Gewalt,
64 Menschenrechtsverletzungen und dem nahenden Winter unter freiem Himmel
65 ausgesetzt.

- 66 • Wir lehnen eine jede Zusammenarbeit mit der polnischen Regierung mit dem
67 Ziel der Abwehr oder Rückführung Geflüchteter an der deutsch-polnischen
68 Grenzen ab. Eine Grenzschießung lehnen wir, auch temporär, genauso ab.

- 69 • Wir fordern eine schnelle, transparente und solidarische Verteilung der
70 Ankommenden auf alle Bundesländer unter Einbeziehung freiwilliger
71 Aufnahmekapazitäten der „Sicheren Häfen“. Die sächsische
72 Staatsregierung muss sich aktiv hierfür einsetzen.

73 Wir wehren uns lautstark gegen die Übernahme rechter Narrative wie zum Beispiel
74 “2015 darf sich nicht wiederholen” in den öffentlichen Diskurs.

75 Eine Entwicklung zur organisierten Selbstjustiz militant-rechter Gruppen im
76 deutsch-polnischen Grenzgebiet mit Aufrufen in rechten Chat-Gruppen nun
77 selbstständig und gewaltsam die “Grenze zu verteidigen” muss der
78 Rechtsstaat mit allen Mitteln bekämpfen.

Initiativantrag

Initiator*innen: Jusos Leipzig

Titel: **Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex schaffen!**

Antragstext

1 In wenigen Tagen, am 4. November 2021, jährt sich die Selbstenttarnung der
2 rechtsradikalen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) zum
3 zehnten Mal. Erst in den darauf folgenden Ermittlungen wurde der Öffentlichkeit
4 bekannt, was die deutschen Sicherheitsbehörden schon längst hätten wissen und
5 verhindern müssen: Dass jahrelang Nazis mordend durch dieses Land zogen. Das
6 Agieren staatlicher Akteur*innen hat die Mordserie des NSU nicht nur nicht
7 verhindert, sondern zunächst die Angehörigen der Opfer unter Verdacht gestellt
8 und damit die Situation nur noch verschlimmert.

9 Auch wenn heute mit Beate Zschäpe die letzte Überlebende des NSU-Kerntrios
10 verurteilt ist, bleiben viele Fragen offen. Die Hinterleute und
11 Ermöglicher*innen, das ganze Netzwerk im Hintergrund ist bisher weitgehend
12 unbehelligt geblieben. Dabei ist längst klar: Der NSU war nicht zu dritt! Die
13 Nazi-Verbindungen, welche die Mordserie und das jahrelange Untertauchen des NSU
14 erst ermöglichten, können weiter ihren Hass und ihre Gewalt verbreiten. Das
15 gesellschaftliche Klima in der Bundesrepublik – besonders in Sachsen – leistet
16 Nazis weiter Vorschub. Die Gefahr des rechten Terrors ist nicht gebannt.

17 Das Agieren der Verfassungsschutzbehörden und ihrer V-Personen bleibt ebenfalls
18 umstritten. Dass nach wie vor die Geheimdienstakten zum NSU unter Verschluss
19 bleiben, untermauert das Bild von Behörden und konservativ geführten
20 Landesregierungen, die kein Interesse an der Aufarbeitung des rechten Terrors
21 zeigen. Dabei ist eine öffentliche Aufarbeitung auch der Rolle der
22 Inlandsgeheimdienste bitter notwendig, um neuen Naziterror zu verhindern.

23 In den letzten Tagen hat sich, angeregt durch den RAA Sachsen e.V. und die
24 Gruppe „Offener Prozess. NSU-Aufarbeitung in Sachsen“, eine breite Initiative
25 zusammengefunden. Ihr Ziel ist es, ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex zu
26 schaffen. Wie bereits im Koalitionsvertrag der sächsischen Landesregierung, soll
27 auch auf Bundesebene ein solches Dokumentationszentrum im Koalitionsvertrag
28 festgeschrieben werden. Damit soll ein zentraler Ort zur öffentlichen Sammlung
29 von Informationen und Akten, Auseinandersetzung mit dem NSU und der
30 zivilgesellschaftlichen Vorbeugung rechten Terrors geschaffen werden. Um dieses
31 Ziel zu erreichen, hat die Initiative einen Offenen Brief [1] formuliert.

- 32 • Wir Jusos Sachsen unterzeichnen diesen Offenen Brief und fordern die
33 Verhandler*innen des Koalitionsvertrages auf, das Anliegen in den
34 Koalitionsverhandlungen ebenfalls zu unterstützen.

35 [1] Abrufbar ist der Offene Brief unter [https://tinyurl.com/NSU-Komplex-](https://tinyurl.com/NSU-Komplex-aufarbeiten)
36 [aufarbeiten](https://tinyurl.com/NSU-Komplex-aufarbeiten) . Die Frist zur Unterzeichnung des Briefes ist auf den 01.11.2021 16
37 Uhr festgesetzt.